



Foto: fotolia/HitToon.com

Foto: imago/Christian Mang

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 6. Juli 2016

71. Jahrgang/Nr. 156

Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Atom-Steckbrief

Kurt Stenger glaubt nicht an das Märchen vom sicheren »Endlager«

Gesucht wird: eine Lagerstätte in Deutschland für Atommüll, mindestens 300 Meter unter der Erde, abgeschirmt von der Biosphäre durch ein Gebirge aus Salz, Ton oder Granit. Diesen Steckbrief hat eine Kommission des Bundestags jetzt veröffentlicht, ohne jedoch eine Belohnung auszusetzen. Die Vorstellung: Geologen und Physiker schwärmen nun aus, um auf der weißen Landkarte geeignete Standorte zu markieren. Die Bevölkerung, Verbände und Atomkonzerne dürfen sich dazu äußern, bevor die Politik zum Wohle aller entscheidet. Gegen 2050 kann das Problem zu den Akten gelegt werden.

Leider ist dieser Plan eine Luftnummer. Schon die Vorstellung, dass es den Top-Standort gibt, wo die Bevölkerung die Castoren mit offenen Armen empfängt, ist reichlich naiv. Und die sichere »End«lagerung über einen Zeitraum von mehreren Hunderttausend Jahren ist ein Märchen, an das niemand ernsthaft glaubt. Es geht maximal um Zwischenlösungen.

Natürlich sind auch diese wichtig – am schlimmsten wäre es, den Kopf ins Salz zu stecken. Es ist schon ein Erfolg, dass sich die Politik mal Gedanken über die Legislaturperiode hinaus macht. Doch man muss im Auge behalten, dass es nur begrenzte Sicherheit geben kann. Tests weltweit, mit welcher Gesteinsart oder Lagerungstechnik auch immer, sind wenig ermutigend. Das Beste wäre es deshalb, bei den verbliebenen AKW sofort den Stecker zu ziehen, um nicht noch mehr Müll zu produzieren, mit dem man nicht weiß wohin. Ein Steckbrief ist eben kein Endlagerentwurf.

UNTEN LINKS

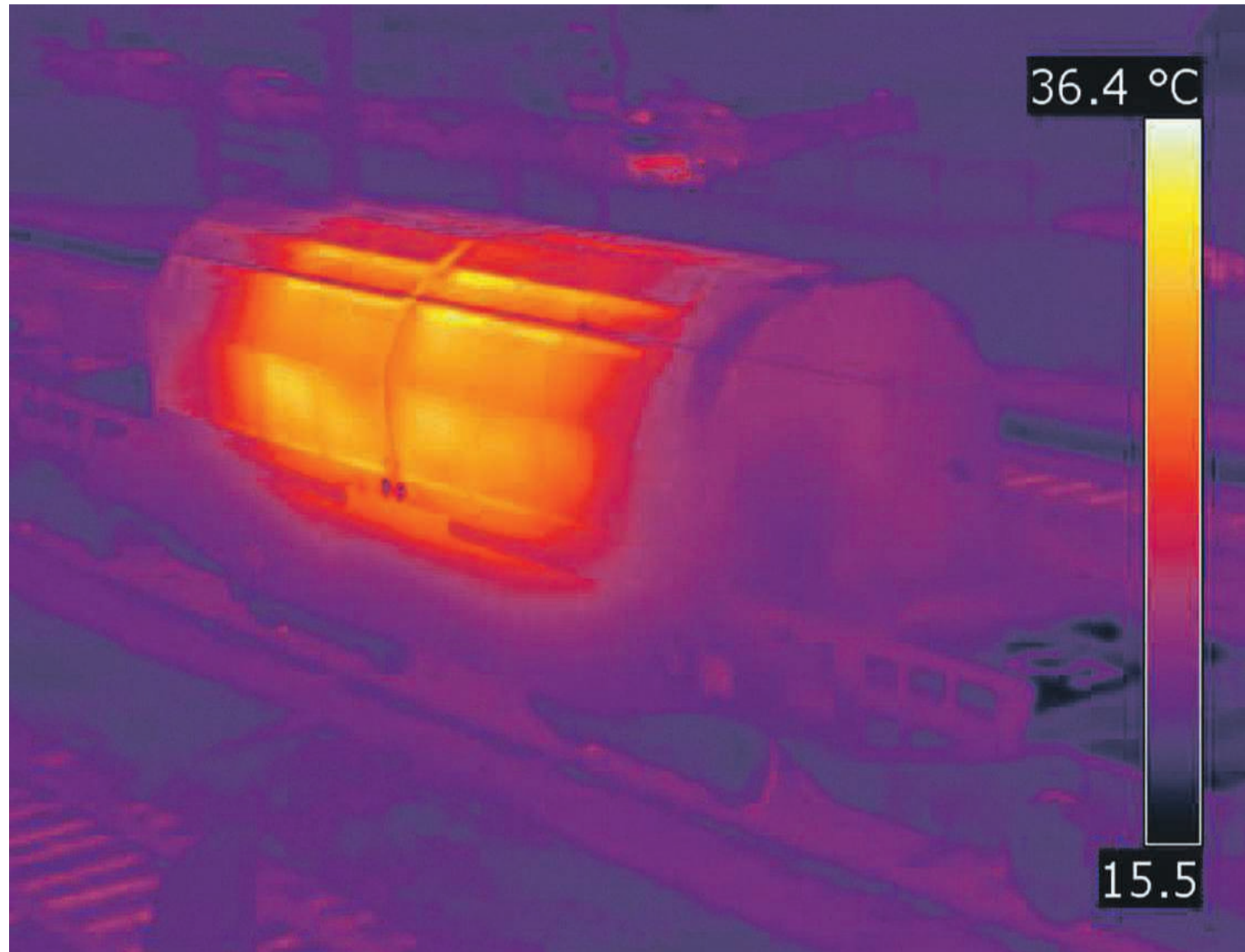
Da wird der größte Erfolg in der Raumfahrtgeschichte verkündet – und es fehlen die Bilder. Um die Batterien zu schonen, habe Junos Bordkamera abgeschaltet werden müssen, just als die Sonde in ihre Umlaufbahn um den Jupiter eingeschwenkt sei. Unerhört! Was bilden die da oben sich eigentlich ein? Die lügen uns doch das Blaue vom Himmel herunter. Erst eine Milliarde Euro verpulvern, um dann, wenn es drauf ankommt, ein bisschen Strom zu sparen? Unglaublich. Vermutlich ist die NASA-Sonde jämmerlich abgeschmiert. Wahr ist nur, was wir sehen. Mit den eigenen Augen. Schon die Tatsache, dass Junos vermeintlicher Coup in den Julei verlegt wurde, deutet auf den großen Schwindel hin. Und dann dieses mythologische Analogienbrimborium: Nur die Göttergattin habe durch Jupiters Schleier sehen können. Ja, schön. Und uns Erdenwürmern werden selbst die Fernsehbilder vorenthalten? Unverschämtheit. Was kommt als nächstes? Das Testbild zum EM-Finale? mha

ISSN 0323-3375



Irgendwie, irgendwo, irgendwann

Kommission stellt Kriterien für Atommüllstandorte vor – was wird mit Gorleben?



Wärmebild-Aufnahme eines Castorbehälters

Foto: dpa/Greenpeace

Berlin. Die Endlagerkommission hat am Dienstag ihren Abschlussbericht an Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) übergeben. Das vom Bundestag eingesetzte Gremium hatte nach zweijähriger Arbeit Kriterien für einen bestmöglichen Standort zur Lagerung des hoch radioaktiven Abfalls aus der atomaren Energieerzeugung formuliert. Bis 2031 soll ein Standort gefunden sein, ab 2050 soll Atommüll eingelagert werden.

»Wir sollten uns hüten, bei der Bewältigung dieser Jahrtausendaufgabe auf Zeit zu spielen«, warnte Ministerin Hendricks. Der Vorsit-

zende der Kommission, Michael Müller (SPD), warb für einen »fairen Diskurs«. Er rief Anti-AKW-Initiativen auf, die Endlagersuche nicht zu behindern. Es sei klar, »dass wir jetzt unabhängig von früheren Positionen das Problem lösen müssen«.

Das sehen die Anti-AKW-Initiativen anders, die im Regierungsviertel unter anderem mit einer Traktorenparade demonstrierten. Sie sehen ein »Scheitern auf ganzer Linie«, vor allem weil der umkämpfte Standort Gorleben von der Kommission nicht ausgeschlossen wurde. »Am Ende des angeblichen »Suchprozesses« soll Gorleben stehen«, kritisierte der Vorsitzende

der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Martin Donat. Die Kommissions-Kovorsitzende Ursula Heinen-Esser (CDU) verteidigte die Empfehlung im RBB-Inforadio: Der Auftrag der Kommission sei gewesen, Deutschland bei der Standortsuche als weiße Landkarte zu betrachten. Ohne Gorleben hätte es einen schwarzen Fleck gegeben.

Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) sieht die Frage dennoch geklärt: Er sagte NDR Info, Gorleben komme nun nicht mehr in Frage, da die dortigen Bedingungen den Sicherheitskriterien der Kommission nicht entsprächen. nd/Agenturen Seite 3

Neues Geld für die EU-Festung

Die EU-Kommission plant, Streitkräfte in Afrika mit Mitteln der Entwicklungshilfe auszurüsten

Europaabgeordnete zeigen sich entsetzt. Von einem Tabubruch, einem skandalösen Vorhaben ist die Rede. Stein des Anstoßes: Entwicklungsgelder sollen fürs Militär ausgegeben werden.

Von Guido Speckmann

Natürlich sollen es nur »Sonderfälle« sein: Die EU-Kommission will in Afrika und anderen Regionen künftig Entwicklungsgelder zur Ausrüstung von Militär einsetzen. Ein entsprechendes Gesetzgebungsvorhaben wurde am Dienstag in Straßburg verabschiedet. Das Geld dafür stammt aus dem so genannten Instrument für Stabilität und Frieden (ISP). Das ISP-Budget beläuft sich für den Zeitraum von 2014 bis 2020 auf rund 2,3 Milliarden Euro. Durch Umschichtung im EU-Haushalt sollen für das neue Programm nun 100 Millionen Euro hinzukommen. Bis dato wurde das Geld für Konfliktvermeidung, die

Stärkung der Zivilgesellschaft, Aussöhnungsprogramme oder für die Ausbildung von EU-Polizisten, die für Stabilisierungsmissionen in Krisengebiete geschickt werden, verwendet. Im Rahmen des umstrittenen Flüchtlingsabkommens mit der Türkei wurden auch 20 Millionen Euro bereitgestellt, um die Kapazitäten der türkischen Küstenwache für Such- und Rettungseinsätze zu stärken.

Als Beispiele für das neue Programm wurden die Unterstützung von Streitkräften, Ausbildungsprogramme, Beratung, »nicht-tödliche Ausrüstungen« sowie »Infrastruktur-Verbesserungen und andere Dienstleistungen« genannt. Ausgenommen sind neben Waffen und Munition auch die Finanzierung von »wiederkehrenden Militätkosten« wie Soldzahlungen und Ausbildung, »die allein zur Kampfkraft der Streitkräfte beitragen«.

EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini begründete das Vorhaben damit, dass die EU ihre Part-

nerländer in die Lage versetzen müsse, Sicherheit und Stabilität selbst zu garantieren. Dies sei im Interesse Europas und werde Frieden, Demokratie und Menschenrechte stärken.

Der Vorschlag, Gelder aus dem ISP-Fonds für die Militärausrüstung zu verwenden, soll von mehreren EU-Staaten und von Regierungen in Afrika gekommen sein. Hintergrund: die große Zahl von Migranten aus Nordafrika, die Staaten wie Libyen oder Mali vor große Probleme stellt.

In der Opposition stieß das Vorhaben auf scharfe Kritik. Der Grünen-Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer sprach von einem »Tabubruch«, den die EU »ohne jegliche öffentliche Debatte klammheimlich« organisiere. Er bezweifelte, dass das Vorhaben »im Einklang mit dem EU-Recht« sei. Sein Parteikollege, der entwicklungspolitische Sprecher Uwe Kekeritz, sprach von einer »moralischen Bankrotterklärung«. Die EU kratze

gerade aus allen Töpfen Gelder zusammen, um die Festung Europa weiter auszubauen. Die LINKE-Europaabgeordnete Sabine Lösing nannte das Vorhaben »skandalös« und sprach von einer »Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe«. Und Arne Lietz (SPD) sagte, es sei »unakzeptabel, dass Entwicklungshilfemittel für eine Militarisierung der Partnerländer eingesetzt werden«. Mit AFP

Kommentar Seite 4

Lesen Sie heute im Ratgeber

Höherer Kinderzuschlag für Geringverdiener

Steuer: Zwei Monate mehr Zeit für Abgabe

Verkehr: Fahrerflucht nicht gleich Unfallflucht

EU-Kommission macht Kehrtwende bei CETA

Nationale Parlamente werden bei Freihandelsabkommen gefragt

Straßburg. Nach massiver Kritik vor allem in Deutschland und Frankreich hat die EU-Kommission beim Streit um das mit Kanada ausgehandelte Freihandelsabkommen CETA eingelenkt. Bei einer Sitzung in Straßburg beschloss das Kollegium am Dienstag, den Vertrag als »gemischtes« Abkommen zu behandeln, wie Handelskommissarin Cecilia Malmström vor Journalisten erklärte. Dies bedeutet, dass die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten nun doch ein Mitentscheidungsrecht erhalten sollen. Darauf hatten vor allem Berlin und Paris bestanden.

Nun schlägt die Kommission ein neues Verfahren vor. Demnach sollen zwar alle nationalen Parlamente am Ratifizierungsprozess beteiligt werden. Nach dem Willen der Brüsseler Behörde soll das Abkommen jedoch bereits »provisorisch« in Kraft treten, wenn es von den EU-Staaten gebilligt und vom Europaparlament verabschiedet wurde. AFP/nd

AfD-Fraktion in Stuttgart am Ende

Meuthen versammelt eigene Gruppe

Stuttgart. Die baden-württembergische Landtagsfraktion der AfD ist zerbrochen. Der Fraktionsvorsitzende Jörg Meuthen kündigte am Dienstag in Stuttgart mit zwölf weiteren Abgeordneten seinen Austritt an. Grund ist laut Meuthen, dass es in der Fraktion keine Zweidrittelmehrheit für den Ausschluss des Abgeordneten Wolfgang Gedeon gebe, dem Antisemitismus vorgeworfen wird. Das Ausscheiden aus der Fraktion sollte laut Meuthen um Mitternacht in Kraft treten. Danach gehören nur noch zehn der ursprünglich 23 Abgeordneten zur AfD-Fraktion. Meuthen kündigte an, mit den Ausgetretenen unter dem Namen AfD eine neue Fraktion bilden zu wollen. »Wir sind die AfD – wir denken nicht daran, als Mehrheit zu weichen.«

Zehn von 13 Mitgliedern des Bundesvorstandes hatten Meuthen nach dessen Worten bei einer kurzfristigen Telefonkonferenz bestärkt. Frauke Petry, die mit Meuthen die Bundespartei leitet, habe an dieser Telefonkonferenz aber nicht teilgenommen. Petry hatte in der Vergangenheit den Umgang mit Gedeon kritisiert. epd/nd Seite 6

Referendum über Flüchtlingsquote

Ungarns Regierung will EU-Beschluss per Volksentscheid zurückweisen

Budapest. Ungarns Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orban verschärft ihren Kampf gegen die EU-Flüchtlingspolitik. Am 2. Oktober sollen die Ungarn über die von der Europäischen Union geplante Verteilung von Flüchtlingen auf EU-Staaten abstimmen. Die Regierung lehnt diese entschieden ab. Staatspräsident Janos Ader legte am Dienstag das Datum für das seit Monaten geplante Referendum fest, nachdem das Verfassungsgericht dafür grünes Licht gegeben hatte.

Bei der Volksabstimmung sollen die Ungarn auf die Frage antworten: »Wollen Sie, dass die Europäische Union auch ohne Zustimmung des (ungarischen) Parlaments die Ansiedlung nichtungarischer Staatsbürger in Ungarn vorschreibt?« Bereits seit Monaten wirbt die Regierung für ein Nein bei diesem Referendum. »Lasst uns ein Signal an Brüssel senden, damit sogar sie es verstehen«, steht auf Plakaten. Der Erfolg des Referendums gilt als sicher, weil auch politische Gegner Orbans dessen harte Flüchtlingspolitik gutheißen. dpa/nd